

Harald Schoen

Angst und Einstellungen zum Kosovokrieg Eine Analyse der öffentlichen Meinung in Ost- und Westdeutschland

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, welche Wirkungen von Angst auf Einstellungen Ost- und Westdeutscher zur militärischen Intervention der NATO im Kosovokonflikt 1999 ausgingen. Es werden drei konkurrierende Hypothesen formuliert: die Pro-Regierungsthese, die Parteilängerthese und die Policythese. Es kann gezeigt werden, dass Angst im Jahr 1999 die Ablehnung des NATO-Luftkrieges und dessen Eskalation zu einem Bodenkrieg sowie die Zustimmung zu einer einseitigen Waffenruhe verstärkte. Die Ergebnisse bestätigen die Policythese. Folglich ist davon auszugehen, dass der Kosovokonflikt Angst auslöste, die ihrerseits eine ablehnende Haltung zur Fortsetzung oder gar Ausdehnung eines Krieges begünstigte. Die Ergebnisse stehen im Einklang mit klassischen liberalen Positionen in der Diskussion über die Rolle der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik.

Harald Schoen

Angst and Attitudes towards the War in Kosovo An Analysis of German Public Opinion in East and West

This paper addresses the effects of angst on attitudes towards the Western military intervention in Kosovo in 1999 among the German public in East and West. The author proposes three competing hypotheses: the pro-government hypothesis, the party-supporter hypothesis and the policy hypothesis. The evidence shows that persons who were afraid of the war in Kosovo opposed NATO air strikes, called for cease-fire and rejected the deployment of ground troops. The findings suggest that the war in Kosovo provoked fear that in turn decreased support for it in Germany. Thus, the evidence backs the policy hypothesis that is in line with liberal strands in the debate about the role of public opinion in foreign policy.

1. Einleitung¹

Empirische Analysen der öffentlichen Meinung sind eine relativ neue Erscheinung in der Forschung zu internationalen Beziehungen, die jedoch schon seit langem die Rolle der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik diskutiert hat. In dieser Diskussion dienen auch heute noch zwei traditionelle Theoriestränge als Bezugspunkte (vgl. Holsti 1992; Weller 2000). Aus realistischer Perspektive spielt die öffentliche Meinung keine Rolle bei außenpolitischen Entscheidungen, die Eliten ausschließlich mit Blick auf nationale Interessen trafen. Begünstigt werde dies dadurch, dass sich Bürger zu solchen Fragen keine eigene Meinung bildeten, sondern die Standpunkte ihnen vertrauter und glaubwürdiger erscheinender Elitemitglieder übernahmen, sich also führen ließen. Normativ gewendet, plädieren Vertreter der realistischen Lesart dafür, den Einfluss der öffentlichen Meinung auf außenpolitische

¹ Ich danke den anonymen Gutachtern und den Herausgebern der ZIB für wertvolle Hinweise und Anregungen.

Entscheidungen möglichst klein zu halten. Denn einfache Bürger könnten zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen keine gut informierten und fundierten, stabilen Präferenzen entwickeln, sondern ließen sich auch von Stimmungen und Gefühlen leiten, was eine wohldurchdachte Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlicher Politiker erschwere (Almond 1950; Waltz 1967: 14; Morgenthau 1978: 558). Aus liberaler Sicht gilt die öffentliche Meinung als ein Faktor, der außenpolitische Eliteentscheidungen beeinflusst (Bartels 1991; Boekle et al. 2001; Andrei/Rittberger 2004). Zudem sei dieser Einfluss keineswegs schädlich, sondern vorteilhaft. Beispielsweise müssten einfache Bürger die Lasten eines Krieges tragen und würden daher stets für den Frieden eintreten (Kant 1795: 205-206; vgl. Owen 1994). Auch seien die Bürger durchaus in der Lage, sich unabhängig von Eliteninterpretationen ein Bild von außenpolitischen Fragen zu machen und sogar auf dieser Basis ihre Wahlentscheidung zu treffen (Aldrich et al. 1989). Schließlich reagierten sie durchaus rational auf außenpolitisches Geschehen (Page/Shapiro 1992; Isernia et al. 2002).

Obgleich die lebhafteste Diskussion zahlreiche empirische Analysen hervorgebracht hat, wurde bislang vernachlässigt, dass außenpolitische Ereignisse, etwa der Einsatz militärischer Gewalt, Angst auslösen können, die ihrerseits außen- und sicherheitspolitische Einstellungen von Bürgern beeinflussen kann. Angst könnte also ein Faktor sein, der Wirkungen außenpolitischen Geschehens auf die Meinungsbildung von Bürgern vermittelt. In der Literatur wurden durchaus von konventionellen Kriegen oder einem möglichen Atomkrieg ausgelöste Ängste untersucht.² Allerdings wurde in der Regel nur das Auftreten von Ängsten und Besorgnissen analysiert, nicht aber deren Wirkungen auf politische Orientierungen und Verhaltensweisen oder gar speziell auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen (vgl. Boehnke/Macpherson 1989; Huddy et al. 2003). Die Tatsache, dass solche Wirkungen ereignisbezogener Angst auf die politische Meinungsbildung bislang kaum untersucht wurden, erstaunt umso mehr, als Angsteffekte durchaus mit den beiden oben skizzierten Grundpositionen vereinbar sind. Denn Angst könnte ein Faktor sein, der Bürger dazu bringt, sich gegen kriegerische Auseinandersetzungen zu wenden, wie es Liberale formulieren. Bei Angst könnte es sich aber auch um eine jener Emotionen handeln, die in realistischer Lesart die Meinungsbildung von Bürgern in unerwünschte Richtungen lenken können.

² Z. B. Escalona (1963); Schwebel (1965); Schweigler (1985); Boehnke et al. (1989, 1998); Poikolainen et al. (1998).

Mit diesem Aufsatz soll ein Beitrag geleistet werden, diese Lücke in der Forschung zu schließen, indem die Wirkungen von Angst auf die Einstellungen der Deutschen zum Kosovokrieg 1999 untersucht werden. Die Analyse hilft damit zusätzlich, einen bislang in der deutschsprachigen Literatur kaum behandelten Aspekt dieses Konfliktes zu beleuchten. Denn es liegen zwar Beschreibungen des Konflikts sowie Analysen vor, die sich mit den Wirkungen der NATO-Militärintervention auf die Situation auf dem Balkan sowie deren völkerrechtlicher Problematik auseinandersetzen (vgl. Mayer 1999; Loquai 2000; Merkel 2000; Wodarz 2002). Jedoch ist die Reaktion der öffentlichen Meinung auf diesen Konflikt in der deutschsprachigen Literatur bislang weitgehend vernachlässigt worden (vgl. Collmer 2004; als Ausnahmen Biehl 2001; Bytzek 2005). Im vorliegenden Aufsatz werden zunächst aus theoretischer Sicht Wirkungen von Angst auf außen- und sicherheitspolitische Einstellungen diskutiert. Es werden drei konkurrierende Hypothesen formuliert, die anhand von Daten aus Repräsentativbefragungen von West- und Ostdeutschen aus dem Jahr 1999 empirisch überprüft werden. Abschließend werden die zentralen Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und diskutiert.

2. *Theoretische Überlegungen zu Angst und außenpolitischen Einstellungen*

Besorgnis, Furcht und Angst können unterschiedliche Ursachen haben. Sieht man einmal von persönlicher Veranlagung ab, können sie von *Mikrostressoren*, etwa privaten oder gesundheitlichen Problemen, sowie von makrosozialen Faktoren verursacht sein. Bei letzteren ist etwa an Umweltbedrohung oder den Zerfall von Gesellschaften zu denken, aber auch an politische Ereignisse im engeren Sinne wie Kriege oder Terroranschläge.³ Ängste können nicht nur politische Ursachen haben, sondern auch politisch relevante Folgen zeitigen. Die psychologische Forschung hat darauf hingewiesen, dass Angst die Urteilsbildung, etwa zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen, beeinflussen kann. Beispielsweise scheint sie den Entscheidungsmodus von Menschen zu verändern. Allerdings gehen die Meinungen darüber auseinander, ob dadurch bessere oder schlechtere Entscheidungen zustande kommen (Cacioppo/Gardner 1999; Marcus et al. 2000). Aber nicht nur die Art der Informationsverarbeitung und Urteilsbildung kann von Emotionen wie Angst beeinflusst werden, sondern auch die Richtung von Entscheidungen (vgl. Bradley 2000; Marcus 2003).

³ Vgl. Levy/Guttman (1976); Boehnke et al. (1998); zur Genese von Angst Boehnke/Schwartz (1997); Schwartz et al. (2000).

Die generelle Vermutung, dass von militärischen Auseinandersetzungen ausgelöste Angst außen- und sicherheitspolitische Einstellungen beeinflusst, beantwortet noch nicht die Frage nach der Wirkungsrichtung. Dazu lassen sich drei konkurrierende Hypothesen formulieren. Erstens könnte man vermuten, dass Angst generell die Zustimmung zur Regierungspolitik fördert. Diese *Pro-Regierungsthese* stützt sich auf den Befund, dass sich Menschen in Situationen von Verunsicherung und Angst in die Sicherheit Schutz bietender Instanzen flüchten (Feldman/Stenner 1997; Oesterreich 2005). Unter den Eliteakteuren, die diese Schutzfunktion übernehmen können, spielt in Krisenzeiten die Regierung eine herausragende Rolle. Deshalb könnten Menschen, die Angst empfinden, Zuflucht bei der als Autorität angesehenen Regierung suchen und deren Politik verstärkt unterstützen. Die Pro-Regierungsthese kann auch an der Beobachtung anknüpfen, dass amtierende Regierungen in der öffentlichen Meinung von außenpolitischen Krisen häufig profitieren (Hetherington/Nelson 2003; Lai/Reiter 2005). Diese so genannten *rally round the flag*-Effekte werden zum Teil darauf zurückgeführt, dass es in Krisen kaum ein Mitglied der politischen Elite wage, die Regierung zu kritisieren, weshalb die öffentliche Zustimmung zu dieser steige. Aus einer anderen Perspektive wird angeführt, Krisen sorgten für eine Zunahme des Patriotismus, der sich in einer wachsenden Unterstützung der Regierung und nicht zuletzt des Regierungschefs als Verkörperung der nationalen Einheit niederschlägt (Brody 1991; Baker/Oneal 2001). In beiden Argumentationsmustern könnte Angst eine Rolle spielen: In der ersten Erklärung könnte sie dazu beitragen, dass Menschen in Krisenzeiten stärker als sonst auf Elite-Signale achten, die möglicherweise Vorstellungsbilder propagieren, die bestimmte Reaktionen auf Angst begünstigen; in der zweiten könnte Angst ein Faktor sein, der patriotische Gefühle weckt oder intensiviert.

Die *Parteihängerthese* postuliert dagegen, dass bei Parteianhängern infolge von Angst die Zustimmung zur Politik der „eigenen“ Partei steigt. Sie geht von der Überlegung aus, dass Bürger in Abhängigkeit von ihren politischen Prädispositionen bestimmten Parteien und deren Spitzenrepräsentanten vertrauen und diese als Autoritäten akzeptieren. Parteien können daher mit ihren Deutungsangeboten vor allem ihren Anhängern dabei helfen, sich in der alltagsfernen und komplexen Sphäre der Politik zurechtzufinden. Besitzt beispielsweise eine Person keine eigenständige Haltung zu einer Frage, kann sie auf die Position „ihrer“ Partei zurückgreifen (vgl. Campbell et al. 1960; Schoen/Weins 2005). Verunsicherung und Angst dürften das Orientierungsbedürfnis steigern, weshalb Parteianhänger unter Angst verstärkt

Deutungsangebote „ihrer“ Partei übernehmen sollten. Diese Vermutung steht im Einklang mit Befunden, die zeigen, dass *rally round the flag*-Effekte bevorzugt unter Anhängern von Regierungsparteien auftreten (Callaghan/Virtanen 1993; Edwards/Swenson 1997).

Die *Policythese* lehnt die Annahme ab, dass Personen in Angst Schutz bei vertrauten Autoritäten suchen, ohne auf deren *policies* zu achten. Sie postuliert stattdessen, dass Personen, die objektbezogene Angst empfinden, vor allem die Beseitigung der Quelle ihrer Angst wünschen und dazu geeignete Maßnahmen unterstützen. Diese Erwartung kann man auf empirische Befunde zur Wirkung von Bedrohungswahrnehmungen stützen, die Angstgefühle begünstigen. Demnach fördert das Gefühl persönlicher Bedrohung risikoaverses Verhalten (Huddy et al. 2003). Beispielsweise scheinen Bedrohungsgefühle im Golfkrieg 1991 Israelis dazu veranlasst zu haben, sich besser vor irakischen Raketenangriffen zu schützen (Arian/Gordon 1993). Ebenso trug die Sorge, selbst Opfer eines Terroranschlags zu werden, dazu bei, dass Amerikaner nach dem 11. September 2001 polizeiliche Befugnisse ausgeweitet sehen und sich seltener nach Manhattan begeben wollten (Huddy et al. 2002; Schildkraut 2003). Von einem militärischen Konflikt ausgelöste Angst dürfte daher die Zustimmung zu Maßnahmen steigern, die die militärische Auseinandersetzung rasch beenden. Je nach Konflikt kann ein rasches Ende auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Handelt es sich um einen militärischen Konflikt, an dem das eigene Land beteiligt ist, sollte davon verursachte Angst die Zustimmung zur Einstellung der Kampfhandlungen begünstigen. Ist an den angstausslösenden Auseinandersetzungen das eigene Land nicht beteiligt, könnte konfliktinduzierte Angst durchaus auch dazu führen, dass Personen dafür plädieren, die Regierung möge mit militärischen Mitteln in den Konflikt eingreifen, um ihn zu beenden. Nach einer militärischen Intervention könnte davon ausgelöste Angst Zustimmung zu der Forderung begünstigen, den Einsatz des Militärs einzustellen.

Die drei Thesen, die auf zum Teil grundsätzlich unterschiedlichen Annahmen über die politische Meinungsbildung – eigenständige *policy*-Analyse vs. Übernahme des Urteils von Autoritäten – basieren, sind vereinbar mit der Vorstellung, dass Kriegsangst größere Verschiebungen in der öffentlichen Meinung begünstigen kann, doch unterscheiden sie sich in der Richtung des prognostizierten Wandels. Sie lassen sich auch verschiedenen Vorstellungen von der Rolle der öffentlichen Meinung bei der Gestaltung der Außenpolitik zuordnen. Die *Policythese* postuliert, dass Angst Bürger dazu bringt, bestimmte *policies* anderen vorzuziehen, und zwar unabhängig davon, welche Eliteakteure für welchen Vorschlag

eintreten. Gerade das ist aber eine notwendige, wenngleich keine hinreichende Bedingung dafür, dass Bürger eigenständig Einfluss auf die Formulierung der Außenpolitik eines Landes nehmen können. Denn nur wenn sie nicht strikt Deutungsangeboten von Eliten folgen, können sie der Regierung oder „ihrer“ Partei Unterstützung entziehen oder sich bei einer Wahl gegen sie entscheiden, worauf Eliteakteure mit Entscheidungsänderungen reagieren können. Damit lässt sich diese These gut mit der liberalen Sichtweise vereinbaren.

Die beiden anderen Thesen gehen hingegen davon aus, dass Bürger infolge von Angst bereitwilliger Deutungsangebote bestimmter Eliteakteure – sei es der Regierung, sei es der Identifikationspartei – übernehmen. Damit würde gerade das Verhaltensmuster begünstigt, das Realisten für die Rolle der öffentlichen Meinung in der Außenpolitik verfechten: Bürger könnten sich kein eigenständigen Urteile bilden, sondern seien darauf angewiesen, dass Eliten außenpolitische Entscheidungen treffen und Interpretationshilfen anbieten. Angst wäre demnach ein Faktor, der es politischen Eliten erleichtere, an einmal getroffenen außenpolitischen Entscheidungen festzuhalten.

Im vorliegenden Aufsatz soll die Wirkung von Angst auf politische Einstellungen am Beispiel der Reaktionen der Deutschen auf den Kosovo-Krieg 1999 untersucht werden. Um konkrete Hypothesen formulieren zu können, ist es erforderlich, den Konflikt und die Positionen, die die relevanten deutschen Akteure darin vertraten, darzustellen. Im Zuge des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawiens entwickelte sich auch im Kosovo ein zunehmend explosiver Konflikt, dessen sich die internationale Gemeinschaft annahm. Am 23. September 1998 forderte die UNO in Resolution 1199 die Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen im Kosovo. Nach einer NATO-Drohung mit Luftangriffen stimmte Jugoslawien einer OSZE-Beobachterkommission zu. Unter dem Druck der Balkan-Kontaktgruppe wurden am 6. Februar 1999 in Rambouillet bei Paris Friedensverhandlungen zwischen der serbischen und der kosovarischen Seite aufgenommen, die allerdings zu keiner Vereinbarung führten. Als Reaktion auf die serbische Ablehnung des Abkommens begann die NATO am 24. März 1999 mit den vorher angedrohten Luftangriffen auf Jugoslawien. Die Luftschläge konnten die serbische Seite allerdings nicht entscheidend schwächen, forderten aber zivile Opfer, die die westliche Öffentlichkeit beunruhigten. Die NATO schien in einem Dilemma gefangen, da sie sich gegen den Einsatz von Bodentruppen ausgesprochen hatte – im Laufe der Zeit wuchs allerdings die Zahl der Befürworter –, aber ohne diese offenbar nicht zu einem militärischen Sieg gelangen konnte. In dieser Situation startete die deutsche Regierung eine neue

diplomatische Initiative, die dazu führte, dass Jugoslawien die Forderungen der G8 akzeptierte, die NATO am 10. Juni 1999 ihre Luftangriffe einstellte und der UN-Sicherheitsrat Resolution 1244 verabschiedete, die den Rahmen für eine UN-Zivilverwaltung im Kosovo schuf (vgl. Independent International Commission on Kosovo 2000: 32-97).

Der Kosovo-Krieg bildet einen Einschnitt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, da erstmals Bundeswehr-Soldaten an einem Kampfeinsatz außerhalb der deutschen Grenzen teilnahmen. Der Einsatz war um so bemerkenswerter, als ausgerechnet die erste rot-grüne Bundesregierung den ersten deutschen Kampfeinsatz verantwortete, obgleich die sie tragenden Parteien noch im Wahlkampf 1998 Interventionen nach dem Muster des Kosovo-Krieges abgelehnt hatten; ja, die Grünen hatten noch für einen NATO-Austritt geworben (Klein/Falter 2003: 50). Bald nach der Regierungsübernahme änderten jedoch SPD und Grüne ihre Positionen und befürworteten nun Kampfeinsätze mit UN-Mandat. Als die Kosovo-Krise in eine NATO-Militärintervention ohne UN-Mandat mündete, waren die neuen Regierungsparteien bereit, auch diese mit zu tragen und deutsche Soldaten daran zu beteiligen. Damit hatten sich die Führungen von SPD und Grünen den Positionen von CDU, CSU und FDP zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr angenähert (Katsioulis 2004). Die Zustimmung zum Kosovo-Einsatz war in keiner der Parteien unumstritten. Während es sich jedoch bei Union und FDP nur um einzelne Stimmen handelte, waren bei den beiden Regierungsparteien mehr Kritiker zu vernehmen. Vor allem die Grünen stellte der Kosovo-Konflikt vor eine Zerreißprobe, da insbesondere ein beträchtlicher Teil der grünen Basis nicht bereit war, das Prinzip der Gewaltlosigkeit aufzugeben. Daher hielt die Partei am 13. Mai 1999 einen Sonderparteitag ab, auf dem die Befürworter eines sofortigen und bedingungslosen Endes des NATO-Bombardements mit 318 zu 444 Stimmen den Kürzeren zogen (Klein/Falter 2003: 192). Allerdings waren die Bündnisgrünen damit nicht in das Lager der bedingungslosen Bellizisten gewechselt, da sie immer wieder Vorschläge zur Deeskalation machten und einseitige Waffenruhen der NATO forderten. Auch wenn die genannten Parteien den NATO-Einsatz billigten, ging freilich keine von ihnen – wiederum mit Ausnahme einzelner Personen – so weit, einen Bodenkrieg oder gar den Einsatz deutscher Bodentruppen zu fordern. Die PDS schließlich trat kompromisslos gegen die NATO-Intervention und erst recht gegen eine Eskalation zu einem Bodenkrieg ein (vgl. Krause 2000a, 2000b).

Auf dieser Grundlage können die Erwartungen bezüglich der Wirkung von Angst auf die politische Meinungsbildung konkretisiert werden. Sollte die Pro-Regierungsthese zutreffen, die *policy*-unabhängige Regierungsunterstützung postuliert, müsste Angst die Zustimmung zum Luftkrieg gegen Serbien begünstigen. Ebenso sollte Angst es weniger wahrscheinlich machen, dass eine Person für den Einsatz von (deutschen) Bodentruppen oder für einen einseitigen und bedingungslosen Waffenstillstand der NATO eintritt. Die Policythese, der ein anderes Modell der individuellen Meinungsbildung zugrunde liegt, spricht hingegen dafür, dass Angst wegen des Kosovo-Krieges die Zustimmung zu den NATO-Luftschlägen sowie zum Einsatz von (deutschen) Bodentruppen mindert und die Unterstützung für eine bedingungslose Waffenruhe seitens der NATO begünstigt. Wie leicht zu erkennen ist, stimmen die Erwartungen, die sich aus beiden Thesen ableiten lassen, in Bezug auf Einstellungen zu einem Bodenkrieg überein, doch gibt es in Bezug auf die Luftschläge konträre Erwartungen, die es erlauben, beide Hypothesen gegeneinander zu testen.

Die Parteihängerthese schließlich spricht dafür, dass Angst bei Anhängern von SPD, CDU/CSU und FDP die Unterstützung der Militärintervention in Jugoslawien, die Gegnerschaft zu einer einseitigen Waffenruhe sowie zum Einsatz von (deutschen) Bodentruppen fördert. Bei PDS-Anhängern sollte Angst hingegen zu einer stärkeren Ablehnung der NATO-Aktion und eines Bodenkrieges führen, gleichzeitig aber ein entschiedenes Plädoyer für eine westliche Waffenruhe begünstigen. In Bezug auf die Grünen-Anhänger lässt die offizielle Linie der Parteiführung einen positiven Effekt von Angst auf die Unterstützung des Militäreinsatzes sowie auf die Ablehnung eines Bodenkrieges erwarten. Allerdings könnte es die parteiinterne Heterogenität Bürgern erschwert haben, eindeutige Signale wahrzunehmen, weshalb Angst bei einigen Anhängern in die eine, bei anderen in die andere Richtung gewirkt haben oder bei allen vollkommen wirkungslos geblieben sein könnte. Noch komplizierter ist die Lage hinsichtlich der Forderung nach einer Unterbrechung der NATO-Angriffe, da diese Idee unter anderem von Politikern aus der Führung von Bündnis 90/Die Grünen propagiert wurde, sich aber nicht zuletzt Außenminister Fischer dagegen wandte. Daher lässt sich hierzu keine eindeutige Erwartung formulieren, zumal die Umfragedaten, die der empirischen Analyse zugrunde liegen, größtenteils erhoben worden waren ehe der grüneninterne Konflikt zugunsten Fischers gelöst wurde.

3. Datengrundlage

Die empirische Analyse stützt sich auf Daten, die im Rahmen der Politbarometer-Befragungen mittels telefonischer Interviews erhoben wurden. In der Zeit vom 11. bis 14. Mai 1999 wurden je rund tausend Ost- und Westdeutsche zu aktuellen politischen Themen, darunter dem Krieg auf dem Balkan, befragt. Die Erhebung liegt damit in jener Phase, in der sich bereits gezeigt hatte, dass ein schneller Sieg der internationalen Streitmacht allein mit Luftschlägen nicht zu erreichen sein würde. Zudem schien in Westeuropa die Zustimmung zu der Intervention nachzulassen, da immer wieder Bilder von zivilen Opfern der NATO-Bombardements die Öffentlichkeit beunruhigten. Innenpolitisch war die Befragungszeit brisant, fand doch am 13. Mai 1999 in Bielefeld ein Sonderparteitag der Grünen zum Kosovo-Konflikt statt, auf dem die kompromisslosen Gegner jeder weiteren Gewaltanwendung unterlagen.

West- und Ostdeutschland werden in der Analyse getrennt betrachtet, da beide deutsche Staaten vor der Vereinigung in feindliche Militärbündnisse eingebunden waren, was bei West- und Ostdeutschen unterschiedliche Prägungen hinterlassen haben dürfte.⁴ Beispielsweise ist bei Ostdeutschen mit größerer Skepsis gegenüber der NATO und den USA als bei Westdeutschen zu rechnen. Hinzu kommt, dass in den neuen Bundesländern Bindungen zu politischen Parteien wesentlich seltener vorkommen als in den alten (Schoen/Weins 2005: 222). Folglich können sich hier weniger Menschen in außenpolitischen Fragen an Signalen parteipolitischer Eliten orientieren (vgl. Juhász 1994).

Kriegsbezogene Angst wurde mit folgender Frage ermittelt: „Wenn Sie an den Krieg in Jugoslawien denken, empfinden Sie dann persönlich Angst oder empfinden Sie keine Angst?“. Diese Formulierung scheint geeignet, von dem militärischen Konflikt ausgelöste Angst zu erfassen.⁵ Gleichwohl wäre eine stärker differenzierte Messung einer dichotomen

⁴ Die Daten sind beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung unter folgenden Datensatznummern erhältlich: 3261 (West) sowie 3262 (Ost). Weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Aufsatz.

⁵ Da diese Frage sehr spezifisch Angst wegen des Kosovo-Krieges thematisiert, könnte es als selbstverständlich erscheinen, dass Personen, die angeben, Angst zu empfinden, die interventionistische Politik der Regierung ablehnen. Allerdings trifft diese Vermutung nicht zu, da Menschen auf die Emotion Angst nicht notwendig rational im Sinne der Policythese reagieren müssen. Psychologische Erkenntnisse sprechen dafür, dass sie auch ganz anders mit Angst umgehen können, etwa indem sie einen Krieg – womöglich in Anlehnung an Deutungsangebote von Eliten – als notwendiges Übel interpretieren und unterstützen (vgl. Haste 1989). Der Datensatz enthält leider keine Informationen darüber, ob die Befragten wegen der unbefriedeten Situation im Kosovo Angst empfinden. Sie hätten es erlaubt, in einer vergleichenden Analyse zu prüfen, ob mit dem Auslöser der Angst deren Wirkung auf die Haltung zur deutschen Kosovo-Politik variiert. Für Effektunterschiede ließe

vorzuziehen. Auch darf man nicht übersehen, dass eine Ein-Indikatoren-Messung Messfehler begünstigen und es bei einem Interview infolge von Reaktivität zu systematischen Verzerrungen kommen kann (vgl. Watson et al. 1988; Keilin/Hamilton 1989).

4. Empirische Analyse

Ehe die Hypothesen zur Wirkung von Angst auf die Einstellungen zur Kriegführung auf dem Balkan empirisch überprüft werden, soll ein Überblick über die öffentliche Meinung in Deutschland zu diesen Fragen im Mai 1999 gegeben werden. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, löste der Jugoslawienkrieg bei der Mehrheit der Deutschen Angst aus. In den alten Ländern gaben im Mai 1999 58 Prozent solche Gefühle an, in den neuen Ländern sogar 70 Prozent. Die Ostdeutschen zeigten im Durchschnitt nicht nur mehr Angst als ihre westdeutschen Landsleute, sondern betrachteten die Militärintervention auch wesentlich skeptischer als die Westdeutschen. Rund 70 Prozent der Ostdeutschen traten Anfang Mai für eine bedingungslose und einseitige Waffenruhe seitens der NATO ein, nur ein knappes Drittel stand hinter dem NATO-Luftkrieg. In den alten Bundesländern hießen hingegen rund 60 Prozent die NATO-Aktion gut und nur 45 Prozent forderten eine einseitige Unterbrechung der Kampfhandlungen. Diese eklatanten Differenzen – in den beiden zuletzt genannten Fällen fand im Westen ein anderer Vorschlag mehrheitliche Unterstützung als im Osten – deuten darauf hin, dass erwartungsgemäß in außen- und sicherheitspolitischen Fragen vor 1989 erworbene Prädispositionen wirksam sind.

Deutlich kleiner sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in Fragen zum Einsatz von Bodentruppen in Jugoslawien. Dieser Vorschlag wird in beiden Landesteilen von einer großen Mehrheit abgelehnt und wird noch deutlicher zurückgewiesen, wenn man fragt, ob deutsche Soldaten an den Kampfhandlungen am Boden beteiligt werden sollen. Freilich ist auch hier die Ablehnung in Ostdeutschland um jeweils rund zehn Prozentpunkte stärker als in Westdeutschland, was wiederum mit Unterschieden in grundlegenden politischen Orientierungen zusammenhängen dürfte.

sich das Argument ins Feld führen, dass die Policythese in diesem Fall nicht eindeutig für einen Gewaltverzicht spräche, sondern auch eine militärische Intervention nahe legen könnte. Dieser substantielle Unterschied ist mit einem methodologisch relevanten verbunden, da die Hypothese in diesem Fall infolge der höheren Zahl von mit der Policythese vereinbaren Antworten weniger leicht falsifizierbar wäre.

Mit Blick auf die Frage nach der Wirkung von Angst auf die politische Meinungsbildung könnten die präsentierten Randverteilungen als Indiz für die Policythese gewertet werden. Ostdeutsche geben öfter Angst an als Westdeutsche und sie stehen zugleich deutlich häufiger als diese dem Luftkrieg und einer möglichen Eskalation zu einem Bodenkrieg skeptisch gegenüber und sprechen sich ebenso zahlreicher für eine einseitige Waffenruhe aus. Daher könnte man vermuten, dass Angst Skepsis gegen den Einsatz militärischer Gewalt förderte. Auch wenn diese Interpretation nahe liegt, ist sie doch nicht haltbar. Denn aus Aggregatzusammenhängen kann nicht zuverlässig auf Individualkorrelationen geschlossen werden. Ob und welche Wirkungen Angst auf Einstellungen zum Kosovokrieg entfaltet, kann nur entschieden werden, wenn man die entsprechenden Zusammenhänge auf der Individualebene untersucht.

In der Analyse wird nicht allein Angst mit Einstellungen zum Kosovokrieg in Beziehung gesetzt. Um zu vermeiden, dass Scheinkorrelationen als echte Wirkungen interpretiert werden, werden weitere Variablen berücksichtigt. Erstens wird das Geschlecht der Befragten als Kontrollvariable einbezogen, da empirische Befunde auf Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Wahrnehmung und Beurteilung außenpolitischer Themen hindeuten. Frauen scheinen stärker als Männer Unsicherheit zu empfinden und weniger als diese für den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung von Konflikten zu plädieren (vgl. Sapiro/Conover 1993; Eichenberg 2003). Das Lebensalter dient ebenfalls als Kontrollvariable, da wiederholt nachgewiesen werden konnte, dass in Deutschland wie auch in anderen Gesellschaften die Position im Lebenszyklus und die Generationenzugehörigkeit außen- und sicherheitspolitische Orientierungen beeinflussen (vgl. Rattinger 1990; Juhász 1995; Holsti 2004: 196-209). Die formale Bildung hat sich in empirischen Analysen ebenfalls als Merkmal erwiesen, das außen- und sicherheitspolitische Orientierungen beeinflusst (vgl. Rattinger 1990; Juhász 1995). Auch grundlegende ideologische Orientierungen spielen bei der Meinungsbildung zu außenpolitischen Themen eine wichtige Rolle (vgl. Rattinger 1990, 1996; Holsti 2004: 191-196). Daher beziehen wir die Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Dimension in die Analyse ein.⁶

⁶ Insbesondere Lebensalter und Geschlecht der Befragten könnten mit dem Messfehler bei der Erhebung von Angst zusammenhängen, da Männer und Angehörige bestimmter Generationen weniger bereitwillig als andere *Respondenten* einem Interviewer Ängste eingestehen könnten. Daraus ergibt sich eine zusätzliche Rechtfertigung für die statistische Kontrolle dieser Merkmale.

Schließlich wird die Parteiidentifikation als *Prädiktor* berücksichtigt (vgl. Campbell et al. 1960; Schoen/Weins 2005). Dies geschieht zum einen, um die Parteianhängerthese zu überprüfen. Zum anderen ist sie als Kontrollvariable erforderlich. Denn für viele Menschen sind außenpolitische Fragen so weit von ihren Alltagserfahrungen entfernt, dass sie sich damit nicht intensiv beschäftigen und eigenständige Meinungen entwickeln, sondern, soweit sie sich einer Partei verbunden fühlen, deren Position übernehmen. Darüber hinaus können Parteibindungen auch politische Grundhaltungen enthalten, und zwar auch solche, die von der Einordnung auf der Links-Rechts-Dimension nicht erfasst werden. Wegen der beträchtlichen Prägekraft von Parteibindungen auf außenpolitische Orientierungen (vgl. Rattinger 1990; Juhász 1994; Holsti 2004: 165-191) wird in der Analyse der westdeutschen Befragten die Identifikation mit SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP berücksichtigt, in Ostdeutschland zusätzlich die Identifikation mit der PDS (siehe für Details der Operationalisierungen den Anhang).⁷ Um die Wirkung von Angst unter Kontrolle der fünf soeben angeführten Variablen auf Einstellungen zum Kosovokrieg zu untersuchen, wird die binäre logistische Regression verwendet, da alle abhängigen Variablen dichotom codiert sind.

- Tabelle 2 etwa hier –

Die formale Bildung entfaltet keine eigenständige Wirkung auf die Haltung zur militärischen Intervention der NATO gegen Jugoslawien (vgl. Tabelle 2). Dagegen erweist sich das Geschlecht der Befragten in Ost- und Westdeutschland in allen Fällen als erklärungskräftige Einflussgröße, deren Wirkung der Richtung nach den oben formulierten Erwartungen entspricht. Frauen stehen den Luftschlägen der NATO gegen Jugoslawien skeptischer gegenüber als Männer, lehnen den Einsatz von Bodentruppen oder gar deutscher Bodensoldaten vehementer ab als diese. Umgekehrt plädieren sie entschiedener für eine einseitige Unterbrechung der NATO-Angriffe. Der Tendenz nach scheinen die Effekte im letztgenannten Fall etwas schwächer zu sein als bei Fragen, die auf die Unterstützung militärischer Gewalt zielen.

⁷ Obgleich fünf Kontrollvariablen in die Analyse einbezogen werden, die sich in der Forschung zu außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen als wichtig erwiesen haben, könnte man einwenden, dass einige Faktoren, die die außenpolitische Meinungsbildung beeinflussen können, etwa grundlegende außen- und sicherheitspolitische Prädispositionen, unkontrolliert bleiben. Dieses Defizit resultiert aus dem Fehlen geeigneter Daten, dürfte aber die Ergebnisse in ihrer Substanz nicht wesentlich beeinflussen.

Das Lebensalter der Befragten beeinflusst die Einstellungen zum Kosovokrieg weniger konsistent als das Geschlecht. Die Haltung zu einer einseitigen Unterbrechung der Kampfhandlungen wird vom Lebensalter weder in West- noch in Ostdeutschland eigenständig beeinflusst. Auch auf die Unterstützung für die NATO-Luftschläge sind nur schwache und auf Westdeutschland begrenzte Effekte festzustellen. Sie sprechen dafür, dass vor allem Befragte unter vierzig Jahren die NATO-Intervention eher befürworten als *Respondenten*, die 70 Jahre und älter sind. Der Einsatz von Bodentruppen stößt in beiden Landesteilen ebenfalls bei den Personen, die mindestens 70 Jahre alt sind, auf besonders große Skepsis. Bei den besonders interventionskritischen Personen handelt es sich um Menschen, die 1929 oder früher geboren sind. Dies legt die Vermutung nahe, dass zu dem Effekt Unterschiede in den Vorstellungen von Kriegen beigetragen haben: Im Gegensatz zu den übrigen Befragten dürfte die älteste Kohorte eine bewusste Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg haben und daher das Leid des Krieges aus eigener Erfahrung kennen. Diese Personen könnten daher ganz andere Vorstellungen davon haben, was Krieg bedeutet, als später Geborene, die Kriege meist nur aus den Massenmedien kennen und möglicherweise eher als klinisch sauberes Unternehmen mit chirurgischen Schlägen und minimalen „Kollateralschäden“ betrachten.⁸

Ideologische Grundorientierungen beeinflussen die Haltung zum Kosovokonflikt in West- und Ostdeutschland in unterschiedlichem Maße. In den alten Bundesländern lässt sich keine statistisch signifikante Wirkung erkennen. Dagegen wird in den neuen Bundesländern eine positive Haltung zu den Luftschlägen sowie zum Einsatz von (deutschen) Bodentruppen umso wahrscheinlicher, je weiter rechts sich eine Person einstuft. Auch wird Kritik an der Idee einer einseitigen Waffenruhe wenigstens tendenziell von einer rechten Selbsteinstufung begünstigt. Die deutlichen Unterschiede zwischen beiden Landesteilen⁹ beruhen nicht darauf, dass die Kontrolle anderer Variablen regional differentiell wirkt, sondern bestehen bereits, wenn man bivariate Beziehungen zwischen Ideologie und Einstellungen zum Kosovokrieg betrachtet (nicht tabellarisch ausgewiesen). Dies könnte damit zusammenhängen, dass in den neuen Bundesländern die Links-Rechts-Orientierung stärker als in den alten mit außenpolitischen Fragen, insbesondere jener nach der Anwendung militärischer Gewalt, verknüpft ist oder in den alten Ländern der Kosovokrieg anders wahrgenommen wurde als in den neuen.

⁸ Die Wirksamkeit solcher Vorstellungsbilder dürfte davon begünstigt werden, dass sich Mitglieder der politischen Elite in der Kommunikation über internationale Konflikte historischer Analogien bedienen (vgl. Record 2002).

⁹ Die drei statistisch signifikanten Logitkoeffizienten für ostdeutsche Befragte sind auch von den entsprechenden westdeutschen Koeffizienten verschieden ($p < 0.05$).

Beispielsweise könnten in Westdeutschland pazifistische Linke den Eindruck gewonnen haben, das Geschehen auf dem Balkan rechtfertige trotz aller grundsätzlichen Bedenken den Einsatz militärischer Gewalt, während in Ostdeutschland pazifistische Linke nicht in einen solchen Konflikt gerieten. Für die Plausibilität des Arguments spricht etwa die Tatsache, dass 1999 Leitfiguren der westdeutschen Linken, etwa Daniel Cohn-Bendit, den Einsatz militärischer Gewalt mit dem Argument propagierten, es gelte ein neues Auschwitz zu verhindern, und damit einen linken Bellizismus begünstigt haben könnten. Dagegen wandten sich linke ostdeutsche Elitemitglieder eher gegen den Einsatz von Militär. Freilich kann die Tragfähigkeit dieser Argumente an dieser Stelle nicht empirisch geprüft werden.

Parteibindungen haben die Haltung der Deutschen zum Kosovokrieg durchaus beeinflusst, doch ist ihre Wirkung begrenzt. In Westdeutschland sehen Anhänger der Grünen den Luftkrieg kritischer als Personen, die sich mit keiner oder einer anderen Partei als SPD, Grüne, CDU/CSU oder FDP identifizieren. Besonders deutlich übertreffen sie Anhänger von Union und SPD in puncto Interventionsskepsis. In den neuen Ländern zeichnen sich Unionsanhänger durch eine deutlich überdurchschnittliche Zustimmung zur Intervention aus. Beinahe spiegelbildlich stellen sich die Befunde zum Vorschlag einer einseitigen Unterbrechung der Luftangriffe dar. In den alten Ländern stimmen Anhänger der Grünen diesem Vorschlag, der wiederholt in ihrer Partei diskutiert wurde, deutlich häufiger zu als andere Personen. In den neuen Ländern stößt er vor allem bei den PDS-Anhängern auf offene Ohren, was angesichts der Position der PDS nicht erstaunen kann. Dagegen lehnen Anhänger von Union und FDP diesen Vorschlag besonders vehement ab. Soweit es schließlich um die Frage geht, ob auf dem Balkan (deutsche) Bodentruppen eingesetzt werden sollten, sind praktisch keine Effekte von Parteibindungen zu erkennen. Lediglich zwischen Unions- und PDS-Anhängern sind in Ostdeutschland signifikante Differenzen auszumachen.¹⁰ Alles in allem sind die Parteibindungseffekte eher schwach, was damit zusammenhängen dürfte, dass die NATO-Intervention im Kosovo zwischen den deutschen Parteien vergleichsweise – man denke etwa an die Irakkriege 1991 und 2003 – wenig umstritten war.

¹⁰ Diese Unterschiede errechnen sich, indem man die Logitkoeffizienten für die Bindungen zu den jeweiligen Parteien voneinander subtrahiert. Bei der Frage nach dem Einsatz von Bodentruppen ergibt sich für den Vergleich zwischen Unions- und PDS-Anhängern ein Koeffizient von 1.06 ($p=0.034$), bei der Frage nach deutschen Bodentruppen resultiert für den Vergleich zwischen Unions- und FDP-Anhängern einerseits und PDS-Anhängern andererseits ein Koeffizient von 1.17 ($p=0.046$).

Entfaltet neben den bereits diskutierten Merkmalen auch Angst eine eigenständige Wirkung auf die Haltung der Deutschen zum Kosovokrieg? Und wenn ja, welcher der drei Hypothesen entspricht die Wirkung am ehesten? Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, begünstigt Angst in Westdeutschland tendenziell und in Ostdeutschland statistisch signifikant eine kritische Haltung zum Luftkrieg gegen Jugoslawien. Die Wahrscheinlichkeiten in Tabelle 3 zeigen, dass die Effekte in Ostdeutschland nicht nur statistisch signifikant sind, sondern auch substantiell relevant. Denn beispielsweise nimmt bei SPD-Anhängern – setzt man alle anderen im Modell enthaltenen Variablen auf das arithmetische Mittel bzw. den Modalwert – die Wahrscheinlichkeit, den NATO-Luftangriff zu befürworten, von 35 auf 48 Prozent zu, wenn man von einer Person, die Angst verspürt, zu einer übergeht, die keine Angst wegen des Kosovokrieges empfindet. Ähnlich deutliche Effekte sind auch bei anderen Personen – seien es Parteianhänger, seien es parteipolitisch ungebundene Personen – zu erkennen. Man kann daher von einem deutlich negativen Effekt von Angst auf die Unterstützung der NATO-Intervention im Kosovo unter Ostdeutschen sprechen.

- Tabelle 3 etwa hier -

Die Einstellungen von West- und Ostdeutschen zu einer einseitigen Waffenruhe werden von Angst, die der Kosovokrieg auslöste, tendenziell positiv beeinflusst. Allerdings überwinden die Effekte nicht konventionelle Signifikanzniveaus. Nur wenn man das in der Literatur gelegentlich verwendete 10-Prozent-Kriterium anlegte, könnte man davon sprechen, dass Angst unter Ostdeutschen die Zustimmung zu einer einseitigen Waffenruhe erheblich begünstigt. Das Ausbleiben starker Wirkungen könnte damit zusammenhängen, dass die Frage nicht auf den Militäreinsatz insgesamt, sondern nur auf dessen vorübergehende Unterbrechung zielt.

Unabhängig davon, ob man nach dem Einsatz von Bodentruppen im Allgemeinen oder nach dem Einsatz deutscher Bodentruppen in Jugoslawien fragt, wirkt Angst bei West- und Ostdeutschen zumindest tendenziell negativ. In drei Fällen ist sogar ein signifikant negativer Effekt zu belegen. So senkt Angst bei West- wie Ostdeutschen die Wahrscheinlichkeit erheblich, dass eine Person dem Einsatz von Bodentruppen zustimmt. Ebenfalls ein deutlich negativer Effekt ist bei Ostdeutschen auf die Unterstützung der Idee, deutsche Bodentruppen einzusetzen, zu erkennen. Dagegen ist bei westdeutschen Befragten nur eine tendenzielle Wirkung festzustellen. Wie in allen zuvor genannten Fällen beeinflusst somit Angst

Einstellungen zum Kosovokrieg im Osten tendenziell stärker als im Westen. Allerdings ist keine dieser West-Ost-Differenzen auch statistisch signifikant.

Auf der Grundlage der bislang berichteten Ergebnisse können die Pro-Regierungs- und die Policythese geprüft werden. Die negativen Effekte von Angst auf die Zustimmung zu einem Bodenkrieg stehen mit beiden Hypothesen in Einklang. Anders sieht es mit den verbleibenden Ergebnissen aus. Die Pro-Regierungsthese spricht für positive Effekte von Angst auf die Haltung zu den Luftangriffen sowie zur Kritik an der Idee, die NATO solle einseitig die Waffen ruhen lassen. Die Policythese lässt genau die entgegen gesetzten Wirkungen erwarten. Die empirischen Ergebnisse stehen mit der Pro-Regierungshypothese eindeutig im Widerspruch und sind gut vereinbar mit der Policythese.

Die dritte These postuliert, dass sich Parteianhänger unter Angst verstärkt den Positionen ihrer Identifikationspartei zuwenden. Um sie zu prüfen, ist es erforderlich, die Wirkung von Angst in Abhängigkeit von der Parteibindung zu untersuchen. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, sind nur in Einzelfällen statistisch signifikante Effekte von Angst bei den Anhängern der einzelnen Parteien zu belegen. Das hängt – speziell bei kleinen Parteien – mit den niedrigen Fallzahlen zusammen. Aber selbst wenn man nicht nach statistischer Signifikanz fragt, sondern nur die Vorzeichen der Koeffizienten betrachtet, hellt sich das Bild für die Parteianhängerthese kaum auf. Die Ergebnisse hinsichtlich der Meinung zum Einsatz (deutscher) Bodentruppen lassen sich zum großen Teil durchaus mit dieser These vereinbaren, da Angst die Unterstützung für diesen Vorschlag in vielen, aber nicht allen Fällen tendenziell mindert. Doch lässt sich an diesen Ergebnissen nicht zwischen den drei Hypothesen unterscheiden, da auch die Pro-Regierungs- und die Policythese negative Effekte erwarten lassen. Einen echten Test erlauben hingegen die Analysen zu den beiden anderen Einstellungsfragen – und hier scheitert die Parteianhängerthese weitgehend. Denn Angst steigert bei Anhängern von SPD, Union und FDP tendenziell die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person für eine einseitige Waffenruhe eintritt. Im Einklang mit der Hypothese nimmt unter ostdeutschen PDS-Anhängern die Zustimmung zu diesem Vorschlag infolge von Angst signifikant zu. Allerdings hält die empirische Evidenz zu diesen Personen ein Ergebnis bereit, das der Parteianhängerthese fundamental widerspricht. Denn in dieser Gruppe unterstützen Personen, die im Interview angeben, wegen des Kosovokrieges Angst zu verspüren, die Luftangriffe signifikant stärker als Personen, die keine Angst verspüren. Nicht besser schneidet die Hypothese bei den Anhängern der anderen Parteien ab: Wiederum sind keine

statistisch signifikanten Effekte zu erkennen und der Richtung nach widersprechen die Koeffizienten meist den Prognosen, da Angst etwa bei ost- und westdeutschen SPD-Anhänger die Wahrscheinlichkeit eines zustimmenden Votums zu den NATO-Luftangriffen reduziert.

- Tabelle 4 etwa hier –

Insgesamt kann man damit festhalten, dass Angst die Einstellungen der Deutschen, vor allem aber der Ostdeutschen, zum Kosovokrieg 1999 beeinflusste. Die Wirkungen von Angst entsprechen dabei am ehesten der Policythese und sind kaum vereinbar mit der Pro-Regierungs- und der Parteianhängerthese. Das heißt, vom Kosovokrieg ausgelöste Angst trug dazu bei, dass Bürger gegen die Fortführung oder die Eskalation der Kampfhandlungen und für eine einseitige Waffenruhe eintraten. Sie sorgte also dafür, dass Bürger sich vom Kosovokrieg abwandten, den SPD, CDU/CSU, FDP und zu einem erheblichen Teil auch Bündnis 90/Die Grünen in einem weit reichenden Elitenkonsens unterstützten. Die Wirkung von Angst entsprach im Kosovokonflikt somit eher der liberalen Vorstellung, die die Bürger eigenständig politische Orientierungen entwickeln sieht. Auch stimmt der Effekt der Richtung nach mit der Kantschen Vermutung überein, dass Bürger sich gegen Krieg wenden würden.

5. Zusammenfassende Diskussion

Der vorliegende Aufsatz geht der Frage nach, ob von militärischen Auseinandersetzungen ausgelöste Angst eine Rolle bei der politischen Meinungsbildung der Bürger spielt. Gestützt auf Literatur aus verschiedenen Forschungsgebieten wurden drei Hypothesen formuliert und anschließend anhand von Umfragedaten zum Kosovokrieg 1999 überprüft. Die empirische Analyse belegt, dass Angst die Einstellungen zum Vorgehen der NATO in Jugoslawien tatsächlich beeinflusste. Sie sorgte dafür, dass Personen sich gegen eine Fortführung oder Intensivierung der Kampfhandlungen und für eine Deeskalation aussprachen. Die empirischen Befunde widersprechen damit der Pro-Regierungs- und der Parteianhängerthese und stehen im Einklang mit der Policythese. Sie sind auch nicht vereinbar mit der Vorstellung, Angst sorgte dafür, dass Regierungen und Parteieliten stets mit treuer Gefolgschaft von Bürgern rechnen können. Ob Bürger, die Angst verspüren, Entscheidungen von Eliten unterstützen, scheint nicht davon abzuhängen, welche Akteure entscheiden, sondern vielmehr davon, welche Entscheidungen Akteure treffen. Angst schwächt somit eher die Bereitschaft von

Bürgern, Eliteninterpretationen zu übernehmen, und begünstigt deren Emanzipation von Elitenstandpunkten.

Vom Kosovo-Krieg ausgelöste Angst scheint eine ablehnende Haltung zu dem von der Regierung getragenen Einsatz militärischer Gewalt und die Zustimmung zu einer Deeskalation begünstigt zu haben. Sie könnte daher als ein Faktor gelten, der dazu beitragen hat, dass die von der Regierung aufgenommene Militäraktion an öffentlicher Unterstützung einbüßte, sich zu einem gewissen Grad selbst die Legitimation entzog und daher ihr eigenes Ende mit herbeiführte. Voraussetzung für Letzteres ist freilich, dass politische Entscheider in Fragen von Krieg und Frieden auf die öffentliche Meinung achten. Im Kosovokonflikt scheint dies – darauf deuten Auskünfte amerikanischer Akteure hin (Clark 2000) – im Einklang mit konstruktivistischen Vorstellungen (vgl. Wendt 1992; Boekle et al. 2001) durchaus der Fall gewesen zu sein. Sollte dies auch auf die deutsche Politik zutreffen, könnte Angst in der deutschen Bevölkerung die Elitenentscheidung gegen eine militärische Eskalation und für neue diplomatische Initiativen befördert haben.

Der vorliegende Aufsatz hat die Wirkung von Angst auf die Meinungsbildung in einem Konflikt untersucht. Dabei konnten naturgemäß einige Merkmale, die die Wirkung von Angst beeinflussen könnten, nicht explizit berücksichtigt werden, weshalb die vorgelegten Ergebnisse nicht ohne weiteres verallgemeinerbar sind. So herrschte über den Kosovokrieg unter den deutschen Parteien vergleichsweise wenig Dissens, was dazu beigetragen haben könnte, dass Angst die Wirkung von Parteibindungen kaum steigerte. Es wäre daher gerade mit Blick auf die Parteanhängerthese anhand anderer Konflikte zu prüfen, inwieweit das innenpolitische Konfliktniveau die Wirkung von Angst auf die Meinungsbildung beeinflusst. Ferner könnte die Wirkung konfliktinduzierter Angst von der Art des Konflikts abhängen. Die vorliegende Analyse bezieht sich auf Angst wegen des Kosovokriegs nach dem Eingriff der NATO, konnte aber mangels geeigneter Daten nicht die Wirkung von Angst wegen der unbefriedeten Situation im Kosovo vor der westlichen Intervention untersuchen. Ein Vergleich beider Konstellationen könnte interessante Einsichten erbringen. In diesem Zusammenhang könnte die (wahrgenommene) Ursache des militärischen Konflikts eine Rolle spielen. So könnte die Öffentlichkeit unterschiedlich reagieren, je nachdem, ob die eigene Regierung eine Krise mitverschuldet hat oder nicht. Vergleichende Analysen, die den politischen und massenmedialen Kontext sowie Prädispositionen und Vorstellungsbilder der

Bürger berücksichtigen, könnten daher einen wichtigen Beitrag leisten, die Rolle von Angst bei der Meinungsbildung zu militärischen Konflikten zu untersuchen.

Literatur

Aldrich, John H./Sullivan, John L./Borgida, Eugene 1989: Foreign Affairs and Issue Voting: Do Presidential Candidates “Waltz before a Blind Audience”?, in: *American Political Science Review* 83: 1, 125-141.

Almond, Gabriel 1950: *The American People and Foreign Policy*, New York, NY.

Andrei, Verena/Rittberger Volker 2005: Deutsche Außenpolitik, in: *Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard* (Hrsg.): *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München, 829-904.

Arian, Asher/Gordon, Carol 1993: The Political and Psychological Impact of the Gulf War on the Israeli Public, in: *Renshon, Stanley A.* (Hrsg.): *The Political Psychology of the Gulf War: Leaders, Publics, and the Process of the Conflict*, Pittsburgh, PA, 227-250.

Baker, William D./Oneal, John R. 2001: Patriotism or Opinion Leadership? The Nature and Origins of the “Rally ‘Round the Flag” Effect, in: *Journal of Conflict Resolution* 45: 5, 661-687.

Bartels, Lawrence M. 1991: Constituency Opinion and Congressional Policy Making: The Reagan Defense Buildup, in: *American Political Science Review* 85: 2, 457-474.

Biehl, Heiko 2001: Wendepunkt Kosovo? Sicherheitspolitische Einstellungen in den alten und neuen Ländern, Strausberg.

Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J. 1989: Zum Einfluß der atomaren Bedrohung auf das politische Engagement. Literaturüberblick und interkulturelle Vergleichsstudie, in: *Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker* (Hrsg.): *Leben unter atomarer Bedrohung*, Heidelberg, 227-245.

Boehnke, Klaus/Schwartz, Shalom H. 1997: Fear of War: Relations to Values, Gender, and Mental Health in Germany and Israel, in: *Peace and Conflict: Journal of Peace Psychology* 3: 2, 149-165.

Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Meador, Margarete/Petri, Horst 1989: How West German Adolescents Experience the Nuclear Threat, in: *Political Psychology* 10: 3, 419-443.

Boehnke, Klaus/Schwartz, Shalom/Stromberg, Claudia/Sagiv, Lilach 1998: The Structure and Dynamics of Worry: Theory, Measurement, and Cross-National Replications, in: *Journal of Personality* 66: 5, 745-782.

Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang 2001: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11: 1, 71-103.

Bradley, Margaret M. 2000: Motivation and Emotion, in: *Cacioppo, John T./Tassinari, Louis G./Berntson, Gary* (Hrsg.): *Handbook of Psychophysiology*, New York, NY, 602-642.

Brody, Richard A. 1991: *Assessing the President: The Media, Elite Opinion, and Public Support*, Stanford, CA.

- Bytzek, Evelyn* 2005: Kosovokrieg, Kriegsberichterstattung und die Popularität der deutschen Regierungsparteien und -politiker, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 53: 2-3, 369-388.
- Cacioppo, John T./Gardner, Wendi L.* 1999: Emotion, in: *Annual Review of Psychology* 50: 1, 191-214.
- Callaghan, Karen J./Virtanen, Simo* 1993: Revised Models of the „Rally Phenomenon“: The Case of the Carter Presidency, in: *Journal of Politics* 55: 3, 756-764.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.* 1960: *The American Voter*, New York, NY.
- Clark, Wesley K.* 2001: *Waging Modern War: Bosnia, Kosovo, and the Future of Combat*, New York, NY.
- Collmer, Sabine* 2004: All Politics is Local. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im Spiegel der Öffentlichen Meinung in: Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hrsg.): *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Baden-Baden, 201-226.
- Edwards, George C./Swenson, Tami* 1997: Who Rallies? The Anatomy of a Rally Event, in: *Journal of Politics* 59: 1, 200-212.
- Eichenberg, Richard* 2003: Gender Differences in Public Attitudes toward the Use of Force by the United States, 1990-2003, in: *International Security* 28: 1, 110-141.
- Escalona, Sibylle K.* 1963: Children's Responses to the Nuclear War Threat, in: *Children* 10: 4, 137-142.
- Feldman, Stanley/Stenner, Karen* 1997: Perceived Threat and Authoritarianism, in: *Political Psychology* 18: 4, 741-770.
- Haste, Helen* 1989: Politisches Engagement gegen atomare Bedrohung: Erfolgreiche Angstbewältigung oder Zwischenschritt der Streßverarbeitung?, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.): *Leben unter atomarer Bedrohung*, Heidelberg, 91-109.
- Hetherington, Marc J./Nelson, Michael* 2003: Anatomy of a Rally Effect: George W. Bush and the War on Terrorism, in: *PS: Political Science and Politics* 36: 1, 37-42.
- Holsti, Ole R.* 1992: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: *International Studies Quarterly* 36: 4, 439-466.
- Holsti, Ole R.* 2004: *Public Opinion and American Foreign Policy (Revised Edition)*, Ann Arbor, MI.
- Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Capelos, Theresa/Provost, Colin* 2002: The Consequences of Terrorism: Disentangling the Effects of Personal and National Threat, in: *Political Psychology* 23: 3, 485-509.

Huddy, Leonie/Feldman, Stanley/Lahav, Gallya/Taber, Charles 2003: Fear and Terrorism: Psychological Reactions to 9/11, in: Norris, Pippa/Kern, Montague/Just, Marion (Hrsg.): Framing Terrorism. The News Media, the Government and the Public, London, 255-278.

Independent International Commission on Kosovo 2000: The Kosovo Report: Conflict, International Response, Lessons Learned, Oxford.

Isernia, Pierangelo/Juhász, Zoltán/Rattinger, Hans 2002: Foreign Policy and the Rational Public in Comparative Perspective, in: Journal of Conflict Resolution 46: 2, 201-224.

Juhász, Zoltán 1994: Sicherheitspolitischer Konsens? Eine Längsschnittanalyse einschlägiger Einstellungen bei Sympathisanten verschiedener Parteien, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt a. M., 427-452.

Juhász, Zoltán 1995: Außenpolitische Denkbilder. Eine empirische Untersuchung außenpolitischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung nach der Wiedervereinigung, Hamburg.

Kant, Immanuel 1795: Zum ewigen Frieden, in: Kant, Immanuel: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Darmstadt, 193-251.

Katsioulis, Christos 2004: Deutsche Sicherheitspolitik im Parteiendiskurs. Alter Wein in neuen Schläuchen, in: Harnisch, Sebastian/Katsioulis, Christos/Overhaus, Marco (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Baden-Baden, 227-252.

Keilin, William G./Hamilton, Scott B. 1989: Zum Umgang mit der Gefahr eines Atomkrieges. Eine Laboruntersuchung zu Abwehrprozessen und anderen emotionalen Reaktionen, in: Boehnke, Klaus/Macpherson, Michael J./Schmidt, Folker (Hrsg.): Leben unter atomarer Bedrohung, Heidelberg, 127-148.

Khong, Yuen Foong 1992: Analogies at War: Korea, Munich, Dien Bien Phu, and the Vietnam Decisions of 1965, Princeton, NJ.

Klein, Markus/Falter, Jürgen W. 2003: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München.

Krause, Joachim 2000a: Die deutsche Politik in der Kosovo-Krise, in: Krause, Joachim (Hrsg.): Kosovo. Humanitäre Intervention und kooperative Sicherheit in Europa, Opladen, 103-119.

Krause, Joachim 2000b: Deutschland und die Kosovo-Krise, in: Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven, Klagenfurt, 395-416.

Lai, Brian/Reiter, Dan 2005: Rally 'Round the Union Jack? Public Opinion and the Use of Force in the United Kingdom, 1948–2001, in: International Studies Quarterly 2005 49: 2, 255-272.

Levy, Shlomit/Guttman, Louis 1976: Worry, Fear, and Concern Differentiated, in: The Israel Annals of Psychiatry and Related Disciplines 14: 3, 211-228.

- Loquai, Heinz* 2000: Der Kosovo-Konflikt. Wege in den vermeidbaren Krieg, Baden-Baden.
- Marcus, George E.* 2003: The Psychology of Emotion and Politics, in: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.): Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford, 182-221.
- Marcus, George E./Neuman, W. Russell/MacKuen, Michael* 2000: Affective Intelligence and Political Judgment, Chicago, IL.
- Mayer, Peter* 1999: War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation »Allied Force« im Lichte der Lehre vom gerechten Krieg, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 287-321.
- Merkel, Reinhard* (Hrsg.) 2000: Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht, Frankfurt a. M.
- Morgenthau, Hans J.* 1973: Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace, 5. Auflage, New York, NY.
- Oesterreich, Detlef* 2005: Flight into Security: A New Approach and Measure of the Authoritarian Personality, in: Political Psychology 26: 2, 275-297.
- Owen, John M.* 1994: How Liberalism Produces Democratic Peace, in: International Security 19 (2), 87-125.
- Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y.* 1992: The Rational Public: Fifty Years of Trends in Americans' Policy Preferences, Chicago, IL.
- Poikolainen, K./Kanerva, R./Loennqvist, J.* 1998: Increasing Fear of Nuclear War among Adolescents before the Outbreak of the Persian Gulf War, in: Nordic Journal of Psychiatry 52: 3, 197-202.
- Rattinger, Hans* 1990: Einstellungen zur Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten. Ein Vergleich von Befunden und Strukturen in den späten achtziger Jahren, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen, 377-418.
- Rattinger, Hans* 1996: Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik: Ein Kausalmodell, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 45-78.
- Record, Jeffrey* 2002: Making War, Thinking History: Munich, Vietnam, and Presidential Uses of Force from Korea to Kosovo, Annapolis, MD.
- Sapiro, Virginia/Conover, Pamela Johnston* 1993: Gender, Feminist Consciousness, and War, in: American Journal of Political Science 37: 4, 1079-1099.
- Schildkraut, Deborah J.* 2002: The More Things Change... American Identity and Mass and Elite Responses to 9/11, in: Political Psychology 23: 3, 511-535.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia* 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, 187-242.

Schwartz, Shalom H./Sagiv, Lilach/Boehnke, Klaus 2000: Worries and Values, in: *Journal of Personality* 68: 2, 309-346.

Schwebel, Milton 1965: Nuclear Cold War: Student Opinions and Professional Responsibility, in: *Schwebel, Milton (Hrsg.): Behavioral Science and Human Survival*, Palo Alto, CA, 210-223.

Schweigler, Gebhard 1985: Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden.

Waltz, Kenneth N. 1967: Foreign Policy and Democratic Politics: The American and British Experience, Boston, MA.

Watson, David/Clark., Lee Anna/Tellegen, Auke 1988: Development and Validation of Brief Measures of Positive and Negative Affect: The PANAS Scales, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 54: 6, 1063-1070.

Weller, Christoph 2000: Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik, Wiesbaden.

Wendt, Alexander 1992: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: *International Organization* 46: 2, 391-425.

Wodarz, Katharina 2002: Gewaltverbot, Menschenrechtsschutz und Selbstbestimmungsrecht im Kosovo-Konflikt, Frankfurt a. M.

Anhang

Frageformulierungen und Codierung der verwendeten Variablen

Angst

„Wenn Sie an den Krieg in Jugoslawien denken, empfinden Sie dann persönlich Angst oder empfinden Sie keine Angst?“ 0: nein, empfinde keine Angst; 1: ja, empfinde Angst.

Luftangriffe

„Was meinen Sie zu den Luftangriffen der NATO in Jugoslawien, finden Sie die richtig, oder finden Sie die nicht richtig?“ 0: nicht richtig; 1: richtig.

Keine Waffenruhe

„Die Grünen haben vorgeschlagen, die Luftangriffe der NATO zu unterbrechen. Was meinen Sie, sollten die Luftangriffe der NATO unterbrochen werden, oder sollten sie nicht unterbrochen werden?“ 0: unterbrechen; 1: nicht unterbrechen.

Einsatz von Bodentruppen

„Es wird über den Einsatz von Bodentruppen gesprochen, wenn die Serben trotz der Luftangriffe die Forderungen der NATO nicht erfüllen. Sind sie in diesem Fall für den Einsatz von Bodentruppen, oder sind Sie dagegen?“ 0: dagegen; 1: dafür.

Einsatz deutscher Bodentruppen

“Sollte sich Deutschland mit Soldaten der Bundeswehr an einem solchen Einsatz von Bodentruppen beteiligen, oder sollte sich Deutschland nicht beteiligen?“ 0: nicht beteiligen; 1: beteiligen.

Parteiidentifikation

„In der Bundesrepublik neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?“ Es wurden Dummy-Variablen für Anhänger von SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Grünen und (in Ostdeutschland) PDS gebildet.

Links-Rechts-Selbsteinstufung

„Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe „links“ und „rechts“. Wir hätten gerne von Ihnen gewusst, ob Sie sich selbst eher links oder eher rechts einstufen. Stellen Sie sich dazu bitte noch einmal ein Thermometer vor, das diesmal von 0 bis 10 geht. 0 bedeutet sehr links, 10 bedeutet sehr rechts. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen. Wo würden Sie sich einstufen?“

Alter: Es wurden Dummy-Variablen für die Altersgruppen 18-29 Jahre, 30-39 Jahre, 40-49 Jahre, 50-59 Jahre und 60-69 Jahre gebildet; die Gruppe der Personen, die 70 Jahre und älter sind, bildet die Referenzkategorie.

Geschlecht: 0: männlich; 1: weiblich

Bildung: niedrig: maximal Hauptschulabschluss; mittel: mittlere Reife; hoch: mindestens (Fach-)Abitur.

Tabelle 1: Kriegsbezogene Angst und Einstellungen zum Einsatz militärischer Mittel im Kosovokonflikt in West- und Ostdeutschland im Mai 1999 (Angaben in Prozent)

	West	Ost
Angst wegen Kosovokrieg	58.0	70.1
Zustimmung zu Luftangriffen	59.6	31.7
Zustimmung zu Waffenruhe	45.1	69.7
Einsatz von Bodentruppen	32.9	21.7
Einsatz deutscher Bodentruppen	24.1	15.0
N min.	962	959

Anmerkungen: Daten repräsentativ gewichtet. Für die Frageformulierungen siehe den Anhang.

Tabelle 2: Wirkung von Angst und anderer Determinanten auf Einstellungen zum Militäreinsatz im Kosovo-Konflikt (logistische Regressionen)

	Luftangriffe		Keine Waffenruhe		Bodentruppen		Deutsche Bodentruppen	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Angst	-.27 (.18)	-.53** (.20)	-.20 (.17)	-.34 (.21)	-.36* (.17)	-.48* (.21)	-.13 (.19)	-.51* (.24)
Parteiidentifikation (Referenz: keine, andere Identifikation)								
- SPD	.16 (.21)	.32 (.23)	.05 (.20)	-.06 (.25)	.05 (.21)	.02 (.27)	-.02 (.23)	.06 (.32)
- Bündnis 90/Grüne	-.95* (.44)	-1.13 (1.12)	-1.14* (.47)	-.18 (.70)	-.92 (.55)	-.93 (1.15)	-.58 (.55)	-.51 (1.18)
- CDU/CSU	.34 (.22)	.58* (.23)	.36 (.21)	.99*** (.22)	.05 (.22)	.37 (.24)	.08 (.24)	.44 (.28)
- FDP	-.47 (.52)	.38 (1.20)	-.52 (.54)	2.80** (1.01)	-.02 (.56)	1.10 (.93)	.25 (.60)	
- PDS	--	-.55 (.47)	--	-1.45** (.44)	--	-.69 (.48)	--	-.73 (.57)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	.03 (.06)	.15** (.05)	.01 (.05)	.09 (.05)	.02 (.05)	.20** (.07)	-.02 (.05)	.17* (.07)
Bildung (Referenz: niedrig)								
- mittel	-.03 (.21)	.34 (.26)	-.29 (.20)	-.06 (.27)	.26 (.21)	.28 (.29)	.42 (.23)	.46 (.34)
- hoch	.16 (.22)	.12 (.28)	-.01 (.21)	-.04 (.28)	-.04 (.22)	.14 (.31)	-.07 (.23)	.25 (.37)
Alter (Referenz: 70 Jahre und älter)								
- 18-29 Jahre	.77* (.36)	-.04 (.40)	-.16 (.35)	-.58 (.41)	.77* (.36)	1.02* (.46)	1.57*** (.45)	1.42* (.59)
- 30-39 Jahre	.63* (.32)	.52 (.35)	-.21 (.31)	.00 (.36)	.79* (.32)	1.11** (.42)	1.46*** (.42)	1.37* (.54)
- 40-49 Jahre	.60 (.31)	.00 (.36)	-.31 (.32)	-.38 (.36)	.83* (.33)	.56 (.44)	1.36** (.43)	.93 (.55)
- 50-59 Jahre	.62 (.33)	.47 (.36)	-.15 (.33)	.16 (.36)	.49 (.34)	.90* (.43)	.95* (.45)	1.40* (.55)
- 60-69 Jahre	.34 (.34)	-.42 (.37)	-.41 (.34)	-.72 (.37)	.76* (.34)	.60 (.45)	1.03* (.45)	.43 (.62)
Geschlecht: Frau	-.45** (.17)	-.65** (.19)	-.39* (.17)	-.51** (.19)	-.91*** (.18)	-.63** (.21)	-1.03*** (.19)	-.87*** (.25)

Konstante	-0.02 (.48)	-1.42** (.49)	.74 (.46)	-.77 (.47)	-.93* (.47)	-2.81*** (.59)	-1.83*** (.54)	-3.48*** (.70)
-2 LL	546.3	500.5	565.3	484.0	527.3	430.4	464.6	352.5
Modell- χ^2	18.1	50.7	16.2	54.6	29.5	39.5	32.1	40.3
Pseudo-R ² ($\times 100$)	3.3	10.1	2.9	11.3	5.6	9.2	6.9	11.4
N	819	791	823	784	823	803	823	803

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: *: $p < 0.05$; **: $p < 0.01$; ***: $p < 0.001$.

Anmerkung: In der Analyse der Haltung zum Einsatz deutscher Bodentruppen bei ostdeutschen Befragten wurden Unions- und FDP-Anhänger aus statistischen Gründen zusammengefasst. Diese Zusammenfassung ist sachlich vertretbar, da beide Parteien in dieser Frage ähnliche Positionen vertraten, und verändert die Koeffizientenschätzung zu einem Modell, in dem FDP-Identifikationen unberücksichtigt bleiben, nur minimal.

Tabelle 3: Wahrscheinlichkeit der Zustimmung zu den Luftangriffen sowie zum Einsatz (deutscher) Bodentruppen im Jugoslawienkrieg in Abhängigkeit von Parteiidentifikation und Angst (prognostizierte Wahrscheinlichkeiten auf der Basis der logistischen Regressionsmodelle in Tabelle 2; nur bei statistisch signifikanten Effekten in Tabelle 2)

	SPD- Anhänger	B90/Grüne- Anhänger	Unions- anhänger	FDP- Anhänger*	PDS- Anhänger	Andere, keine PID
<i>Luftangriffe – Ost</i>						
Keine Angst	48	18	55	50	28	40
Angst	35	11	42	37	19	28
<i>Bodentruppen – West</i>						
Keine Angst	51	28	51	49	--	49
Angst	42	21	42	40	--	41
<i>Bodentruppen – Ost</i>						
Keine Angst	28	13	36	53	16	28
Angst	19	8	25	41	11	19
<i>Deutsche Bodentruppen – Ost</i>						
Keine Angst	18	11	24	--	9	17
Angst	11	7	16	--	5	11

Anmerkungen: Für die Schätzung der Wahrscheinlichkeiten wurden Alter, Geschlecht und formale Bildung jeweils auf die Modalkategorie und die Links-Rechts-Selbsteinstufung jeweils auf das arithmetische Mittel gesetzt. In Westdeutschland handelt es sich um Männer mit einem niedrigen Schulabschluss zwischen 30 und 39 Jahren, in Ostdeutschland um Frauen des gleichen Alters mit einem mittleren Schulabschluss.

** In der letzten Zeile sind Anhänger von Union und FDP aus statistischen Gründen zusammengefasst.*

Tabelle 4: Effekte von Angst auf Einstellungen zum Kosovokrieg in Abhängigkeit von der Parteidentifikation (unstandardisierte Logitkoeffizienten)

	Luftangriffe		Keine Waffenruhe		Bodentruppen		Deutsche Bodentruppen	
<i>West</i>								
SPD	-.38 (.30)		-.10 (.30)		-.09 (.30)		-.05 (.34)	
Bündnis 90/Grüne	-.16 (.80)		-.28 (.87)		-1.05 (1.10)		-1.11 (1.11)	
CDU/CSU	-.22 (.34)		-.21 (.31)		-.34 (.32)		.20 (.36)	
FDP	-1.79 (1.11)		-1.50 (1.13)		-1.27 (1.19)		-.98 (1.16)	
<i>Ost</i>								
	Modell A	Modell B	Modell A	Modell B	Modell A	Modell B	Modell A	Modell B
SPD		-.63 (.38)		-.17 (.40)		-.71 (.42)		-.20 (.51)
Bündnis 90/Grüne	-.48 (.37)	--	-.16 (.38)	--	-.51 (.41)	--	-.01 (.50)	--
CDU/CSU		.07 (.36)		-.05 (.36)		-.55 (.36)		-.64 (.39)
FDP	-.01 (.36)	--	-.06 (.36)	--	-.49 (.35)	--	-.68 (.39)	--
PDS	1.84* (.90)	1.85* (.90)	-1.67* (.84)	-1.66* (.84)	-.33 (.85)	-.31 (.85)	.17 (1.08)	.17 (1.08)

Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Signifikanzniveaus: * : $p < 0.05$.

Die eingetragenen Koeffizienten geben den Effekt von Angst bei den Anhängern von Parteien an. Sie wurden auf der Basis von logistischen Regressionen berechnet, in denen neben Alter, Geschlecht, Bildung und ideologische Orientierung Angst, Parteidentifikation und die Interaktion beider als unabhängige Variablen eingingen. Die angegebenen Koeffizienten errechnen sich als Summe des Koeffizienten von Angst und des Koeffizienten, der der Interaktion zwischen Angst und der Identifikation mit der jeweiligen Partei zugewiesen wird. Aus statistischen Gründen konnten die Identifikationen mit FDP und Bündnis 90/Grüne in Ostdeutschland bei der Schätzung der Modelle mit Interaktionstermen nicht berücksichtigt werden. Es wurde daher einmal das Modell geschätzt, wobei SPD und Bündnis 90/Grüne einerseits und CDU/CSU und FDP zusammengefasst wurden (Modell A), und einmal wurden FDP- und Bündnis 90/Grüne-Bindungen ausgeblendet (Modell B). Die Ergebnisse der Logitanalysen werden aus Platzgründen nicht tabellarisch berichtet und sind beim Autor erhältlich.